

«Schulen leiden unter unterschiedlichen Vorgaben»

Schweizer Schulen hätten die Pandemie bisher gut bewältigt, sagt Bildungsexpertin Katharina Maag Merki

Frau Maag Merki, was ist in der Pandemie an den Schulen schiefgelaufen? Im Rahmen unserer Studie haben wir gesehen, dass die Schulen die grössten Problemzonen seit dem Start der Pandemie gut erkannt haben und sehr viel unternommen haben, um mit den Bedingungen klarzukommen. Auf politischer Ebene ist allerdings die Situation momentan weniger günstig: Es ist alles andere als optimal, wenn die Corona-Massnahmen ständig wechseln. Es kann nicht sein, dass eine Schule entscheiden muss, ob und für welche Kinder eine Maskenpflicht gilt, da stimmt etwas nicht. Hier hat das Fehlen von Rahmenbedingungen die Arbeit vor Ort stark erschwert.

Braucht es also seitens der Politik einheitlichere Regeln?

Gewisse Dinge kann man nur vor Ort lösen. So macht es einen grossen Unterschied, ob ich es mit einer Klasse im Zürcher Stadtkreis 4 zu tun habe oder mit einem Klassenverband vom Zürichberg. Um auf solche Gegebenheiten einzugehen, braucht es Gestaltungsspielraum für die Schulen, aber auch für die Kantone, da auch ihre Rahmenbedingungen unterschiedlich sind. Dieser wird durch den Föderalismus gewährt. Aber die Pandemie hat ganz klar aufgezeigt, dass der Föderalismus seine Grenzen hat. Es braucht nun rasch eine Diskussion darüber, wo Dinge allgemeingültig geregelt werden müssen. Dies würde einen gewissen Schutz für die Schulleitungen, die Lehrpersonen und die Schüler bedeuten.

Tangiert das nicht die kantonale Bildungshoheit?

Ich denke nicht. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat wiederholt gesagt, dass Bildung Sache der Kantone sei. Doch für Situationen wie eine Pandemie braucht es kantonsübergreifende Regeln. Die Schulen leiden gegenwärtig sehr stark unter den unterschiedlichen Vorgaben, die in den Kantonen oder sogar Gemeinden gelten. Das darf nicht sein. Schliesslich ist die Pandemie im Kanton Zürich keine andere als im Aargau. Föderalismus muss den Schülerinnen und Schülern dienen. Sonst ist er nutzlos.

Mit der S-Clever-Studie haben Sie untersucht, wie Schulleiter in der Deutschschweiz, in Deutschland und in Österreich in den letzten beiden Jahren die Corona-Pandemie bewältigt haben. Welche Gemeinsamkeiten gibt es?

Unsere Studie zeigt, dass die deutschsprachigen Gebiete eine Art gemeinsamen Pandemie-Erfahrungsraum bilden. Lehrpersonen haben unterschiedliche digitale Kompetenzen. Wie man mit dieser Herausforderung umgeht, ist in allen drei Ländern ähnlich anspruchsvoll. Das gilt auch für die hohe Belastung der Schulleitungen und Lehrpersonen zu bewältigen haben.

Wo zeigen sich Unterschiede?

Neben diesen pandemiebedingten Gemeinsamkeiten sehen wir deutlich länderspezifische Ergebnisse, die hausgemacht sind. Es hat beispielsweise damit zu tun, wie viel in die Ausbildung der Lehrpersonen und die Digitalisierung investiert wurde.

Bei diesen hausgemachten Ergebnissen schneidet die Schweiz relativ gut ab.

Tatsächlich ist die Deutschschweiz etwas besser gestartet. Das gilt sicher für den digitalen Bereich. Die Pandemie hat dieses Sorgenkind erneut ins Scheinwerferlicht gerückt. Zwar schneidet die Schweiz auch nicht sensationell ab, doch die Schulen hatten mehr Erfahrung im Bereich des digitalen Lernens. Viele Schulen nutzten schon vorher stärker Online-Plattformen als Schulen in Deutschland und Österreich. Dazu kommt, dass die Lehrpersonen in der Schweiz ganz einfach besser ausgerüstet



Die Maskenpflicht ist an Schulen zu einem Zankapfel geworden.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZF

waren, etwa mit einer E-Mail-Adresse und einem eigenen Laptop.

Welche Folgen hat dieser Startvorteil?

Schulen mit digitalen Erfahrungen ist es besser gelungen, Strategien zu entwickeln, wie man mit dieser ausserordentlichen Situation umgehen kann. Das hat Langzeiteffekte bis jetzt. Jenen, denen es schon vorher besser ging, ist es während der ganzen zwei Jahre besser ergangen.

Es gibt also keinen Aufholeffekt.

Es gibt Möglichkeiten aufzuholen. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn man ganz gezielt in das investiert, was vorher nicht als Hausaufgabe geleistet

zwischen Menschen stattfindet. Man muss nicht etwas künstlich verschlechtern, was sich bewährt hat und funktioniert. Es braucht eine Idee, eine Vision, was digitales Lernen soll.

Wird die Schweiz ihren Vorsprung halten können?

Allzu lange kann sich die Schweiz nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern sie muss wieder mehr Elan an den Tag legen. In Sachen übergeordnete Ideen und Weiterbildung geschieht in Deutschland und Österreich derzeit mehr.

In den letzten Wochen wurden immer mehr Schülerinnen und Schüler positiv getestet. Ausserdem sind immer mehr Lehrpersonen ausgefallen. Trotzdem hat man von Digitalisierung nicht mehr viel gehört.

Das hat nichts damit zu tun, dass die Schulen nichts mehr von der Digitalisierung wissen wollen. Die Entwicklung in den letzten Wochen verlief sehr schnell. Die Situationen waren oft komplex, die Schulleitungen mussten immer wieder die Löcher stopfen. Das geht nicht einfach, indem man den Präsenzunterricht in den virtuellen Raum verlagert. Dafür braucht es Anlaufzeit. Die schwierigste Form ist der hybride Unterricht. Die Lehrperson kann unmöglich gleichzeitig Kinder unterrichten, die vor Ort sind, und Schüler betreuen, die zu Hause vor dem Computer sitzen.

Wäre es in den letzten Wochen nicht besser gewesen, wenn die Schulen integral auf Fernunterricht umgestellt hätten?

Eine komplette Umstellung wäre nur dann sinnvoll, wenn das Gesundheitsystem an den Anschlag käme. Die Schulen müssen offen bleiben. Das ist für die Kinder enorm wichtig. Allerdings müssten die Schulen ein Konzept dafür entwickeln, dass ganze Klassen ausfallen oder der Unterricht nicht mehr möglich ist, weil viele Lehrerinnen und Lehrer krank sind. In diesem Fall könnten Klassen zusammengelegt werden mit Schülern, die vor Ort sind. Eine Lehrperson kümmert sich um diese Kinder und eine andere Lehrperson um jene Schüler, die zu Hause bleiben müssen. Die Pandemie zeigt, dass Unterricht nicht die Sache einer einzelnen Lehrperson ist, sondern eine Schulentwicklungsaufgabe. Es braucht ein Konzept für die gesamte Schule, wie man mit solchen Situationen umgeht. Dies ist auch wichtig für die Zeit nach der Pandemie.

Was muss nun für die Kinder getan werden, die während zwei Jahren immer wieder pandemiebedingt aus dem normalen Rhythmus geworfen wurden?

Es ist nun wesentlich, dass alle Kinder wieder einen stabilen Lernort haben. Die Schule muss wieder zum Ort werden, wo Lernen mit allen Facetten – im Präsenzunterricht, digital, in Gruppen, allein – strukturiert und ohne Störungen möglich ist. Ausserdem müssen die Schülerinnen und Schüler verstärkt befähigt werden, eigenständig zu lernen.

Braucht es besondere Massnahmen zum Beispiel für lernschwache Schülerinnen und Schüler?

Unsere Untersuchung zeigt, dass es Schulen einfacher hatten, die bereits vor der Pandemie eine enge Beziehung zu Eltern aufgebaut hatten, die ihren Kindern zu Hause nicht die ideale Unterstützung liefern konnten. Der Kontakt zwischen Schule und Eltern ist eine Baustelle, die dringend angegangen werden muss. Zuoberst auf der Agenda der Schulen steht gemäss unserer Umfrage die Förderung des selbständigen Lernens. Eine weitere grosse Baustelle ist das sinnvolle digitale Lernen. Dieses muss mit der Gestaltung eines qualitativ guten Unterrichts und mit Unterrichtsentwicklung verbunden werden. Der Wille der Verantwortlichen in den Schulen ist vielerorts da. Die ganze Frage ist nun, ob die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft. In dieser Hinsicht war in letzter Zeit nicht alles optimal.

Interview: Erich Aschwendon

Niemand weiss, was Offsets nützen

Gegengeschäfte bei Armeeaufträgen sind schwer zu evaluieren

GEORG HÄSLER, BERN

Unter dem Titel «Air 2030» will der Bund in den nächsten Jahren 8 Milliarden Franken für die Erneuerung der Luftwaffe ausgeben: zwei für das Patriot-System zur Boden-Luft-Verteidigung grosser Reichweite, sechs für das neue Kampfflugzeug F-35.

Lockheed Martin, der Hersteller des Jets, ist verpflichtet, 60 Prozent des Auftragswerts in Schweizer Unternehmen zu investieren, beim Patriot-Produzenten Raytheon sind es gar 100 Prozent. Mehr als 5,5 Milliarden der Ausgaben für «Air 2030» fliessen also über sogenannte Offset-Geschäfte zurück in die Schweiz. Das ist wesentlich mehr als sonst. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats (GPK-S) liess nun das Controlling solcher Gegengeschäfte durch Armassuisse genauer anschauen.

Im Parlament ein Thema

Das Ziel dieser Offset-Geschäfte ist die Stärkung der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (Stib), wie es offiziell heisst. Darunter fällt ein breites Spektrum von Branchen und Betrieben: vom klassischen Rüstungsunternehmen bis zum Startup im Cyberbereich. Die Stib soll laut der Rüstungsstrategie des Bundes dazu beitragen, die rüstungspolitischen Abhängigkeiten der Schweiz vom Ausland zu reduzieren.

Grundsätzlich ist die GPK-S mit dem Controlling von Armassuisse zufrieden. Aber ausgerechnet daraus, ob das Hauptziel der Gegengeschäfte erfüllt wird, lassen sich laut GPK-S nach der gegenwärtigen Methode keine Schlüsse ziehen. Das Controlling beschränkt sich auf die Überprüfung, ob Offset-Geschäfte die operativen Ziele erreichten – also Umfang, Dauer oder regionale Verteilung von Gegengeschäften.

Konkret weiss heute also niemand, was Offsets bringen. Bei der Evaluation des F-35 wurden die direkten Gegengeschäfte zwar bloss mit 10 Prozent gewichtet, weit weniger etwa als die Fähigkeiten des Systems (55 Prozent) oder der Produktsupport (25 Prozent). Trotzdem waren die Offsets bei der parlamentarischen Beratung des Kreditrahmens für «Air 2030» ein zentrales Thema.

Die Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), Bundesrätin Viola Amherd, hatte zuvor die direkten Offsets für das neue Kampfflugzeug nach einer externen Überprüfung von 100 auf 60 Prozent vermindert. Insbesondere die Westschweizer Kantone waren darüber nicht erfreut. Dies dürfte einer der Gründe für die Skepsis in der Romandie bei der Kampffjetabstimmung vom September 2020 gewesen sein.

Die GPK-S stellt sich nach der Untersuchung des Offset-Controllings die Frage, ob die vorhandenen Strukturen für die Abwicklung der Gegengeschäfte von «Air 2030» geeignet sind. Die Kommission bemängelt auch den tiefen Digitalisierungsgrad der Instrumente. Unter anderem empfiehlt sie dem Bundesrat, dafür zu sorgen, dass die Hauptzielsetzung besser überprüft werden könne.

To-do-Liste für das VBS

Zudem stellt die GPK-S fest, dass die Aufsicht über die Offset-Geschäfte schwach sei. Kritisiert wird auch das VBS. Dieses bringe sich ausser bei grossen Beschaffungsprojekten wie «Air 2030» kaum in den Offset-Bereich ein und überlasse die ganze Begleitung Armassuisse. In einer weiteren Empfehlung ersucht die Kommission deshalb den Bundesrat um eine Klärung der Rolle der Offset-Aufsicht. Ausserdem soll der Bundesrat sicherstellen, dass das VBS seine Aufsichtsfunktion wahrnimmt.

Dies unterstreicht auch die Priorität, welche den Offsets weiterhin beigemessen wird. Um in einer möglichen zweiten Abstimmung über ein neues Kampfflugzeug noch besser abzuschneiden als 2020, dürfte die Motivation des VBS gestiegen sein, die Wirtschaft in den Kantonen auch in diesem Bereich zu überzeugen.

Ein Schulvergleich unter Nachbarn

Die Bildungsforscherin Katharina Maag Merki lehrt und forscht an der Universität Zürich über Theorie und Empirie schulischer Bildungsprozesse. Zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland und Österreich untersuchte sie im Rahmen der S-Clever-Studie, wie Schulleiter in den drei Ländern die Corona-Pandemie bewältigt haben.

Im Rahmen der Studie wurden in den drei Ländern insgesamt 1440 Schulleiterinnen und Schulleiter befragt. Die Befragungen fanden im September/Oktober 2020, im Februar/März 2021 und im Juni/Juli/August 2021 statt.